

# Rechtsanwälte Günther

Partnerschaft

Rechtsanwälte Günther • Mittelweg 150 • 20148 Hamburg

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt,  
Energie und Klimaschutz

Archivstraße 2  
30169 Hannover

Michael Günther \* (bis 31.12.2022)  
Hans-Gerd Heidel \* (bis 30.06.2020)  
Dr. Ulrich Wollenteit \*<sup>1</sup>  
Martin Hack LL.M. (Stockholm) \*<sup>1</sup>  
Clara Goldmann LL.M. (Sydney) \*  
Dr. Michéle John \*  
Dr. Dirk Legler LL.M. (Cape Town) \*  
Dr. Roda Verheyen LL.M. (London) \*  
André Horenburg \*  
John Peters  
Victor Görlich  
Dr. Johannes Franke

<sup>1</sup> Fachanwalt für Verwaltungsrecht  
\* Partner der Partnerschaft  
AG Hamburg PR 582

Mittelweg 150  
20148 Hamburg  
Tel.: 040-278494-0  
Fax: 040-278494-99  
www.rae-guenther.de

**08.05.2024**  
00467/23 /J /J/J  
Mitarbeiterin: Anna Loren Stuhr  
Durchwahl: 040-278494-38  
Email: stuhr@rae-guenther.de

## Antrag auf Einschreiben gem. § 19 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AtG

**Ihr Zeichen: Ref45-40311/6/000-0006-010**

**Genehmigungsverfahren zur Fertigung hexagonaler Druckwasser-  
Brennelemente**

**Hier: .ausgestrahlt e. V. und Herr Alexander Vent**

sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist, haben wir für unseren Mandanten, den .ausgestrahlt e.V. unter dem 29.02.2024 ausführliche Einwendungen im vorgenannten Genehmigungsverfahren zur Fertigung hexagonaler Druckwasser-Brennelemente des Typs VVER nach § 7 AtG in der Brennelemente-Fertigungsanlage Lingen (BFL) erhoben. Auch Herr Alexander Vent, Lohner Straße 4, 49808 Lingen, hat sich am Verfahren mit Einwendungen beteiligt, den wir nun auch in der Angelegenheit vertreten. Eine auf uns lautende Vollmacht wird nachgereicht.

Buslinie 19, Haltestelle Böttgerstraße • Fern- und S-Bahnhof Dammtor • Parkhaus Brodersweg

Hamburger Sparkasse  
IBAN DE84 2005 0550 1022 2503 83  
BIC HASPDEHHXXX

Commerzbank AG  
IBAN DE22 2008 0000 0400 0262 00  
BIC DRESDEFF200

GLS Bank  
IBAN DE61 4306 0967 2033 2109 00  
BIC GENODEM1GLS

Nach diesseitiger Kenntnis läuft das Genehmigungsverfahren weiterhin, eine Entscheidung wurde noch nicht getroffen.

## **I. Aktueller Sachverhalt**

Aus der aktuellen Presseberichterstattung und Wahrnehmungen vor Ort ist nun bekannt geworden, dass in einer Halle, die sich auf einem zur BFL benachbarten Grundstück befindet, offenbar bereits

- die Anlagen zur Fertigung der hexagonalen Druckwasser-Brennelemente montiert, umfassend getestet und kontrolliert sowie
- die Beschäftigten der BFL durch Rosatom-Mitarbeiter an den Anlagen geschult werden.

Dazu heißt es in der NDR-Berichterstattung v. 02.05.2024, dass Ihr Ministerium

„von der Brennelementefabrik über vorbereitende Maßnahmen informiert worden (sei), die in der Halle außerhalb des Werksgeländes stattfinden (...). Dabei handelt es sich nach den Angaben zufolge um Schulungen der Beschäftigten durch russische Spezialisten“.<sup>1</sup>

Als Ministerium sehen Sie die Schulungen zwar kritisch,

„jedoch keine Handhabe, wenn die Schulungen außerhalb des Betriebsgeländes stattfinden“.<sup>2</sup>

Nach Verlautbarungen des Antragstellers ANF werden die

„neuen Fertigungseinrichtungen (...) zunächst in einem separaten Gebäude außerhalb des Betriebsgeländes in der Nähe des Standortes Lingen umfassend getestet und kontrolliert“.<sup>3</sup>

Und weiter erklärt ANF betreffend der Fertigungsanlagen für hexagonale Druckwasser-Brennelemente:

„Sie werden erst dann auf das ANF-Betriebsgelände in Lingen transferiert, wenn die Genehmigung erteilt wurde“.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Zu finden unter: [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck\\_emsland/Brennelementefabrik-Sind-russische-Ingenieure-schon-in-Lingen.brennelemente138.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Brennelementefabrik-Sind-russische-Ingenieure-schon-in-Lingen.brennelemente138.html).

<sup>2</sup> Wie zuvor.

<sup>3</sup> *Kallmeier*: Neue Osnabrücker Zeitung v. 03.05.2024 zu finden unter: <https://www.noz.de/lokales/lingen/artikel/anf-in-lingen-sind-anlagenteile-und-russen-schon-vor-ort-46942013>.

<sup>4</sup> Wie zuvor.

Aus diesseitiger Sicht erfüllt der vorstehende Sachverhalt die Voraussetzungen für ein aufsichtliches Einschreiten gem. § 19 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AtG. Solange über den Antrag der ANF noch nicht entschieden ist, sind die bereits begonnenen Errichtungstätigkeiten der Fertigungsanlagen zur Herstellung hexagonaler Druckwasser-Brennelemente und Schulungen daran sofort einzustellen.

## **II. Zum Rechtlichen**

Die Voraussetzungen des § 19 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AtG liegen hier vor. Danach kann Ihr Ministerium anordnen, dass ein Zustand beseitigt wird, der den Vorschriften des AtG widerspricht. Sie können insbesondere anordnen, dass die Errichtung von Anlagen der in § 7 bezeichneten Art einstweilen oder, wenn eine erforderliche Genehmigung nicht erteilt ist, endgültig eingestellt wird.

### **1.**

Ausweislich des Antrags vom 10.03.2022 soll zukünftig die

„Fertigung der hexagonalen Druckwasser-Brennelemente als Lizenzfertigung für den Einsatz in VVER-Reaktoren“

erfolgen. Dazu sollen offenbar

„einige Anlagen der Brennstab- und Brennelementfertigung sowie der dazugehörigen Qualitätskontrollen vom Lizenzgeber bereitgestellt und in den Fertigungsprozess der ANF integriert“

werden, um die Vorgaben während der Brennelementfertigung und für das Endprodukt einzuhalten (siehe Antrag, S. 1).

Die bereits begonnene Montage und umfangreichen Tests der neuen Fertigungsanlagen für hexagonale Brennelemente sowie die Schulungen an den Anlagen auf dem Nachbargelände fallen unter die staatliche Aufsichtspflicht gem. § 19 Abs. 1 S. 1 AtG. Denn unter „Errichtung“ im Sinne des § 7 AtG ist nicht nur die erstmalige Schaffung einer Anlage, sondern sind auch wesentliche Änderungen<sup>5</sup> – hier der BFL zu der beantragten Fertigung zu hexagonalen Brennelementen zu verstehen.

### **2.**

Als Aufsichtsbehörde obliegt Ihnen auch die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des AtG. Dies ist unter dem Gesichtspunkt einer verfassungskonformen Auslegung sogar rechtlich geboten. So wurde bereits in der Kalkar-

---

<sup>5</sup> Vgl. nur Ewer, in: Hennenhöfer/Mann/Pelzer/Sellner, AtG/PÜ, § 19 Rn. 19 ff. m.w.N.

Entscheidung hervorgehoben, dass im technischen Sicherheitsrecht, vor allem bei Anlagen mit außergewöhnlich hohem Gefährdungspotential für einzelne wie für die Allgemeinheit, nur eine laufende Anpassung der für eine Risikoermittlung maßgeblichen Umstände an den jeweils neuesten Erkenntnisstand dem Grundsatz einer bestmöglichen Gefahrenabwehr und Risikovorsorge zu genügen vermöge

(BVerfGE 49, 89 (139 f.) = NJW 1979, 359).

Die in diesem Kontext relevante Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 GG gebietet eine grundrechtssichernde Verfahrensgestaltung, die nicht nur für das Genehmigungsverfahren gelten, sondern in gleicher Weise auch für das Aufsichtsverfahren Geltung beanspruchen muss. Daher folgt aus Art. 2 Abs. 2 GG die Verpflichtung, auch das Überwachungsverfahren so zu gestalten, dass sämtliche für den Grundrechtsschutz maßgeblichen Erkenntnisse ermittelt werden, um auf dieser Grundlage die zur Grundrechtssicherung erforderlichen Maßnahmen ergreifen zu können

(vgl. nur *Ewer*, in: Hennenhöfer/Mann/Pelzer/Sellner, AtG/PÜ, 2021, § 19 Rn. 33 m.w.N.)

Vorliegend läuft das beantragte Genehmigungsverfahren der ANF noch, d.h. der ANF wurde die beantragte Genehmigung zur Herstellung von hexagonalen Brennelementen im BFL bisher nicht erteilt. Es bestehen auch erhebliche Bedenken an der Genehmigungsfähigkeit des beantragten Vorhabens. Vielmehr ist die Genehmigung unter Heranziehung der Gesetzeszwecke des § 1 AtG zu versagen, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden (§ 1 Nr. 3 AtG). Dazu wurde bereits ausführlich im Einwendungsschreiben vom 28.02.2024 vorgetragen. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf den dortigen Vortrag ausdrücklich Bezug genommen.

Es ist also festzuhalten, dass die Frage der Genehmigungsfähigkeit der beantragten Fertigung hexagonaler Druckwasser-Brennelemente noch klärungsbedürftig ist.

Aus diesseitiger Sicht findet allerdings in der Halle auf dem benachbarten Grundstück eine nicht genehmigte Errichtung von Fertigungsanlagen zur Herstellung von hexagonalen Brennelementen statt sowie auch bereits die Schulung der ANF-Mitarbeiter durch Rosatom-Beschäftigte. Diese Tätigkeiten können auch keinesfalls als nur „vorbereitende Maßnahmen“ verstanden werden. Die Anlagen werden offenbar bereits jetzt vollständig aufgebaut, in Betrieb genommen und umfassend getestet, so dass diese Anlagen nach erteilter Genehmigung nur noch auf das BFL-Gelände verbracht werden müssen, so die ANF in Presseberichten. Diese Vorgehensweise stellt eine Umgehung der zwingend notwendigen Genehmigungserteilung gem. § 7 AtG dar.

Die Vorgehensweise von ANF abzielend auf die Produktion von VVER-Brennelementen in Lizenz und in Kooperation mit dem russischen Staatsunternehmen Rosatom gefährdet die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund der im Atomrecht verankerten Schutzpflicht des Staates muss bereits eine solche Gefährdungsmöglichkeit zur Anordnung der Einstellung der Tätigkeiten auf dem der BFL benachbarten Halle führen.

Die Errichtung der Fertigungsanlagen für hexagonale Brennelemente bedarf der notwendigen eigenen Fach- und Sachkunde bei ANF und erfordert in hohem Maße den Austausch von Informationen und den Aufbau von Vertrauen mit Rosatom. Deshalb sind offenbar auch bereits beim Aufbau der Anlagen Rosatom-Beschäftigte vor Ort. Dies bietet Angriffspunkte für Spionage. Zugleich ist Sabotage durch die Übermittlung fehlerhafter Informationen an ANF nicht auszuschließen – auch ohne die Anwesenheit von Rosatom-Mitarbeitern vor Ort. Auch dazu wird auf das diesseitige ausführliche Einwendungsschreiben vom 28.02.2024 verwiesen.

Bereits durch die jetzige Errichtung der Anlage können viele der möglichen und von uns in der Einwendung genannten Gefahren (inkl. deren nuklearspezifischen Aspekte) eintreten, so dass ein aufsichtsrechtliches Einschreiten zwingend ist.

### 3.

Das Ermessen ist auf Null reduziert, denn ANF schafft durch die Errichtung der Fertigungsanlagen auf dem benachbarten Grundstück einen illegalen Genehmigungszustand. Allein die noch klärungsbedürftige Genehmigungsfähigkeit des beantragten Vorhabens zwingt Ihr Ministerium zum Einschreiten.

Es wird gebeten, antragsgemäß zu entscheiden.

Bitte teilen Sie uns bis spätestens kommenden

**Montag, 13.05.2024, 15 Uhr**

mit, ob Sie eine Anordnung gem. § 19 AtG erlassen. Ich bin bereits beauftragt, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, falls Sie ein Einschreiten unterlassen.

Mit freundlichen Grüßen

q.e.s.  
Rechtsanwältin  
Dr. Michéle John